

Solarförderung verzögert sich

SPD-Politiker befürchten Firmenpleiten

VON KERSTIN KRUPP

BERLIN, 9. Oktober. Der regierungsinterne Streit um die künftige Förderung erneuerbarer Energien gefährdet SPD-Politikern zufolge den Bestand von Unternehmen in der Solarbranche. Solche Firmenpleiten müssten auf jeden Fall verhindert werden, sagte der Klimapolitiker Ulrich Kelber. „Hier geht es nicht nur um Förderpolitik, sondern um Industriepolitik“, sagte der SPD-Abgeordnete der Berliner Zeitung. Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) und Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) streiten seit Mitte August über die Neugestaltung des Gesetzes zur Förderung erneuerbarer Energien (EEG). Das Gesetz regelt die finanziellen Hilfen des Bundes für Wind- und Wasserkraft sowie für Sonnenenergie und Biomasse.

Im Zentrum der Auseinanderset-

zung steht vor allem die Höhe der künftigen Zuzahlungen für Windräder. Minister Clement will die Gelder für diesen Bereich stärker zusammenstreichen als sein grüner Kabinettskollege. Ursprünglich sollte das Gesetz mit den überarbeiteten Fördersätzen zum 1. Januar 2003 in Kraft treten. Aus den Ministerien hieß es jedoch am Donnerstag, mit einer Einigung sei wahrscheinlich erst Mitte kommenden Jahres zu rechnen.

Hermann Scheer, Energieexperte der SPD, drängt wie sein Fraktionskollege Kelber auf eine schnelle Einigung. „Wir müssen uns im Eiltempo bewegen“, sagte der Abgeordnete. Die Solarbranche sei durch die Verspätung des Gesetzes stärker betroffen als andere Energiezweige. Das 100 000-Dächer-Programm, das den Bau von Solarstromanlagen unterstützt, ist bereits Ende Juni ausgelaufen. Der Wegfall dieser Gelder soll nach den Plänen Trittins

zwar über das EEG durch entsprechend höhere Fördersätze für Fotovoltaik ausgeglichen werden. Doch die fließen erst, wenn das Gesetz in Kraft getreten ist.

Die Unternehmen beklagen sich über fehlende Investitionssicherheit. „Die Kunden werden ihre Aufträge bis zur Verabschiedung der Novelle zurückstellen“, sagte Gerhard Stryi-Hipp vom Bundesverband Solarindustrie. Für Hersteller, Händler und Installateure bedeute dies unter Umständen einen monatelangen Umsatzeinbruch, den viele Firmen nicht überleben würden.

Im Bundesumweltministerium zeigt man sich von den Sorgen der Unternehmer unbeeindruckt. Eine Gefährdung von Firmen der Solarbranche sehe man nicht, hieß es.